Eina.:

2 7. JAN 2012

PBL-00341-2012/0001/LAT

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat

## Beschluss- (Resolutions-) Antrag

Endings

der Landtagsabgeordneten DI Rudolf Schicker, KR Friedrich Strobl, Franz Ekkamp, Dr. Elisabeth Vitouch, Ernst Woller (SPÖ) sowie Dr. Monika Vana und DI Martin Margulies (GRÜNE) eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 27. Jänner 2012, zu Post 2 der heutigen Tagesordnung

betreffend "Einführung einer Finanztransaktionssteuer"

Seit dem Jahr 2008 durchlebt die Welt eine Finanz- Wirtschaftskrise und ihre weitreichenden negativen Folgen, gepaart mit einer den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt gefährdenden sozialen, ökologischen und demokratischen Krise. Die Folgekosten dieser Krise sind noch immer nicht in ihrem vollen Ausmaß abschätzbar. Allein die europäischen Banken, Mitverursacher der Krise, waren bisher auf staatliche Hilfen von 300 Milliarden Euro angewiesen. Diese Aufwendungen, sinkende Steuereinnahmen, notwendige Konjunkturpakete, Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit und anderes mehr haben die Staatsschulden in die Höhe getrieben.

Die Kosten der Krise wurden bislang von der Masse der SteuerzahlerInnen getragen. Es hat sich daher die Ansicht durchgesetzt, dass sich auch der Finanzsektor als Verursacher an den Kosten der Krise beteiligen muss.

Als wirkungsvolles Mittel soll europaweit eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden, die auf Finanztransaktionen zwischen Finanzinstituten erhoben werden soll. Sie wäre ein Instrument, um spekulative Finanzgeschäfte einzudämmen und somit künftigen Krisen vorzubeugen. Zugleich wären die dadurch anfallenden Steuereinnahmen ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der europäischen Staaten und einer gerechteren Verteilung.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

## Beschluss- (Resolutions) Antrag

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Die Bundesregierung möge sich dafür einsetzen, dass eine europaweite Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung spekulativer Finanzgeschäfte in der Europäischen Union ehestmöglich umgesetzt wird.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 27. Jänner 2012

l Mars